



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLNISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2020

■ ANALYSE	
Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020. Polnische Perspektiven und Erwartungen	2
Lidia Gibadło und Melchior Szczepanik, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Ein neues Gleichgewicht für Europa	
Von Mateusz Morawiecki, Ministerpräsident der Republik Polen (FAZ, 23.04.2020)	8
»Wir sollten uns gerade jetzt vor einer Spaltung Europas hüten«	
Interview mit Mateusz Morawiecki, Ministerpräsident der Republik Polen (FAZ, 26.05.2020)	9
Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Veranstaltung »Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft« (KAS, 27.05.2020)	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 2. – 15. Juni 2020	16
■ CHRONIK	
2. – 15. Juni 2020	17

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020. Polnische Perspektiven und Erwartungen

Lidia Gibadło und Melchior Szczepaniak, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau

DOI: 10.31205/PA.258.01

Zusammenfassung

Deutschland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union zu einem außergewöhnlichen Zeitpunkt. Die EU kämpft mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen und zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen gewichtige Meinungsverschiedenheiten über die wirksame Einführung und Finanzierung von Maßnahmen. Das wichtigste Ziel der Ratspräsidentschaft wird sein, einen Kompromiss beim mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2027) und dem ihn begleitenden Wiederaufbaufonds zu finden. Weitere Interessen der Bundesrepublik sind die Klima- und die Digitalisierungspolitik. Die deutsch-französische Initiative vom Mai 2020 ist ein optimistisches Signal, denn sie zeigt die Akzeptanz der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, gemeinsame Instrumente für die Bekämpfung der Krise zu entwickeln. Polen erwartet, dass Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft seine europäische Strategie der letzten Jahre fortsetzt, die darauf beruht, die verschiedenen Visionen zur Zukunft Europas in Einklang zu bringen.

Der Vorsitz im Zustand erhöhter Anspannung

Deutschland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union zu einem außergewöhnlichen Zeitpunkt. Obgleich der Höhepunkt der Pandemie überschritten ist, ist der Kampf gegen sie keineswegs abgeschlossen und Epidemiologen schließen weitere Infektionswellen nicht aus. Unter diesen Umständen müssen die EU-Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen ihre Wirtschaft wieder in Gang bringen, nachdem sie zwei Monate lang in den Winterschlaf versetzt wurde. Dieser hat eine beispiellose, EU-weite Rezession zur Folge. Prognosen der Europäischen Kommission von Anfang Mai zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union um 7,4 Prozent schrumpfen.

Die bisherige Bilanz der Bekämpfung der Pandemie in der EU ist relativ positiv. Die Anfänge waren schwierig, weder die Staaten noch die Vertreter von Behörden und Institutionen schätzten die Gefahr richtig ein. Die Ereignisse im März 2020, als es zu einem sprunghaften Anstieg der diagnostizierten Infektionszahlen in den größten Staaten kam, zeigten, dass die Staaten in der Krise ihre eigenen Interessen schützen und sich nicht allzu sehr um europäische Solidarität kümmern. Schädlich war für das Ansehen der Europäischen Union, dass manche Staaten (darunter Deutschland, Frankreich und Polen) den Export von medizinischen Produkten blockierten. Zum Glück unternahmen die Mitgliedsstaaten unter Beteiligung der Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates relativ schnell Anstrengungen, um ihre Aktivitäten in größerem Maße zu koordinieren. Allerdings stehen hinter dem allgemeinen Konsens über die Vorteile der Zusammenarbeit Meinungsverschiedenheiten über die besten Vorge-

hensweisen. Einen Kompromiss zu finden wird dadurch erschwert, dass die Pandemie die Staaten unterschiedlich stark betraf. Am stärksten litten die südeuropäischen Staaten, die angesichts ihrer hohen öffentlichen Schuldenlast beschränkte Möglichkeiten haben, neue Anleihen zur Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus aufzunehmen. Obgleich diese Staaten über die Lockerung der EU-Vorschriften für staatliche Hilfe und in der Fiskalpolitik Genugtuung empfanden, meinen sie, dass der Norden der EU mit seinen deutlich größeren finanziellen Möglichkeiten die Überhand gewinnt. Die Hälfte der bisher von der Europäischen Kommission gestatteten Staatshilfen sind Rettungsprogramme der deutschen Regierung. Eine Folge der Krise kann daher die Vertiefung des Missverhältnisses am gemeinsamen Markt sein. Der Süden fordert, dass die Hilfe für die am stärksten betroffenen Staaten in Form von nicht rückzahlungspflichtigen Zuschüssen geleistet werde soll, die sogenannten »sparsamen Vier« (Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande) sprechen sich für Kredite aus, die die Staaten veranlassen sollen, die Mittel möglichst effektiv einzusetzen. Hier leben Konflikte aus der Zeit der Finanzkrise im Jahr 2008 wieder auf, unterfüttert von den Stereotypen des faulen Südens und des herzlosen Nordens.

Obgleich die Anzahl der festgestellten Covid-19-Infektionsfälle relativ hoch war, gilt Deutschland als ein Staat, der die Corona-Pandemie erfolgreich bekämpft hat. Viel Aufmerksamkeit findet die niedrige Todesrate. Der schlechte Eindruck, der durch den blockierten Export medizinischer Produkte entstanden war, wurde ausgeglichen, da Deutschland das Verbot zurücknahm und Infizierte aus überfüllten Krankenhäusern in Frankreich und Italien aufnahm. Allerdings hat der oben

genannte wirtschaftliche Kontext zur Folge, dass viele Beobachter die bisherigen Aktivitäten Deutschlands in Europa als nicht ausreichend betrachten. Diese Situation wird zusätzlich durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2020 verkompliziert, das nicht nur die Richtigkeit des von der Europäischen Zentralbank (EZB) betriebenen Anleihekaufprogramms PSPP für Eurostaaten in Frage stellt, sondern auch die nötige Sorgfalt des Vorgehens des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in dieser Angelegenheit. Das Bundesverfassungsgericht ist natürlich eine unabhängige Institution und für seine Urteile kann nicht der deutschen Regierung die Schuld gegeben werden. Allerdings wird der politische Kontext, in dem die deutsche Ratspräsidentschaft handeln müssen, dadurch komplizierter, dass eine der Schlüsselinstitutionen des deutschen Staates ein Urteil des EuGH in Frage stellt.

Eine bedeutende Veränderung der Situation brachte die gemeinsame Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron vom 18. Mai 2020 zum europäischen Wiederaufbaufonds. Die deutsch-französischen Vorschläge sehen u. a. vor, dass alle Mittel aus dem Fonds den Empfängern in Form von Zuschüssen gewährt werden, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Diese Initiative zeigt die Ambitionen Deutschlands, eine aktive EU-Ratspräsidentschaft zu realisieren, was ein positives Zeichen vor ihrem Beginn ist. Außerdem signalisiert Deutschland, indem es sich von der Haltung der »sparsamen Vier« distanziert, seine Bereitschaft, eine stärker solidarische Politik zu betreiben, die die süd-europäischen Staaten, das Europäische Parlament und die Mehrheit der Beobachter und Experten der europäischen Politik erwarten.

Angela Merkel ist wieder stark

Deutschland kommt seine stabile innenpolitische Lage zugute. Der Kampf gegen Covid-19 ließ die Konflikte in den Hintergrund treten, die die Koalition aus CDU/CSU und SPD seit ihrem Antritt erschütterten und mit dem Auseinanderbrechen der Regierung und vorgezogenen Neuwahlen bedrohten. Das Bild einer konsolidierten Koalition und die Unterstützung für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise führten zu steigender Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung. Aus den Befragungen des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Mai 2020 geht hervor, dass 67 Prozent der Befragten sie positiv beurteilen. Die effektiven Entscheidungen der Großen Koalition brachten eine Wende für die nachlassende Unterstützung für die beiden Volksparteien. Zurzeit erhalten die Konservativen eine Zustimmung von 37 bis 39 Prozent der Bevölkerung, das ist der höchste Wert seit 2017. Auch der Sinkflug der Sozialdemokraten wurde durch

die positive Beurteilung des Kampfes gegen Covid-19 angehalten, hier betragen die Unterstützungswerte zurzeit 14 bis 16 Prozent.

Die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie stärkte auch die Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihr Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den CDU-Vorsitz im Oktober 2018, die sinkende Unterstützung für die Konservativen und die Führungskrise, die sie im Februar 2020 erschütterte, erhöhten die Erwartungen an einen Neubeginn. Dazu würde eine Veränderung in der CDU-Führung gehören, was auch eine Veränderung an der Spitze der Regierung nach sich ziehen könnte. Unterdessen hat Angela Merkel angesichts der Covid-19-Pandemie zum wiederholten Male in ihrer fast 15-jährigen Kanzlerschaft die Aufgabe übernommen, Deutschland durch die Krise zu führen. Die kompetente Koordination der Aktivitäten der Bundesregierung und der Länder im Kampf gegen das Corona-Virus und die Kommunikationspolitik der Regierung machten den Eindruck, dass die Regierung von Angela Merkel bereit ist, der größten Herausforderung, vor der Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges steht, die Stirn zu bieten.

Die Regierung von Angela Merkel fand eine rasche Antwort auf die Gefahr, die von Covid-19 für die deutsche Wirtschaft ausgeht, und das brachte ihr die hohe gesellschaftliche Unterstützung ein. Dank der Politik des ausgeglichenen Haushaltes seit 2014, der »schwarzen Null«, konnte die Regierung nun einen »Schutzschild« einführen, der es erlaubt, Kurzarbeit, Steuererleichterungen, billige Kredite und Garantien für Unternehmen zu finanzieren. Sein Gesamtwert beläuft sich auf 1,2 Billionen Euro. Die deutsche Regierung entschloss sich auch, einen Teil der Mittel für den Ankauf von Aktien derjenigen Firmen einzusetzen, die vom Bankrott oder feindlicher Übernahme bedroht sind.

Im Zusammenhang mit den sinkenden Corona-Infektionszahlen und den Folgen der eingeführten Beschränkungen für die Wirtschaft entschied die Regierung von Angela Merkel in Absprache mit den Ministerpräsidenten der Länder, einen Teil der Restriktionen unter dem Vorbehalt wieder aufzunehmen, dass sie bei steigenden Fallzahlen erneut eingeführt werden. Der zunehmende Überdruß der deutschen Gesellschaft infolge der Beschränkungen, immer häufigere Proteste und die guten Nachrichten von der sinkenden Zahl der Neuinfektionen führten die Politik zu weiteren Zugeständnissen. Am 6. Mai 2020 verkündeten Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder auf einer Pressekonferenz, den Großteil der Restriktionen aufzugeben, wobei über das Tempo und das Ausmaß der Aufhebungen die Landesregierungen entscheiden sollen. In diese Übereinkunft wurde allerdings eine Art Sicherheitsklausel eingebaut, die eine erneue Einführung der Beschränkungen ermöglicht, wenn auf dem Gebiet eines

Kreises innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen mit dem Corona-Virus pro 100.000 Einwohner auftreten.

Die EU-Ratspräsidentschaft in Zeiten von Covid-19

Die Eindämmung der Covid-19-Pandemie in Deutschland erlaubte es der Regierung, sich wieder stärker auf die europäische Politik und auf den am 1. Juli 2020 beginnenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union zu konzentrieren. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird zweigleisig verlaufen. Die eine Spur ist der wirtschaftliche Wiederaufbau der Europäischen Union. Er wird unter dem Zeichen der Verhandlungen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens (2021 bis 2027) und der Ausarbeitung eines Kompromisses zwischen den nord-europäischen und den südeuropäischen Staaten über das Finanzierungsmodell des europäischen Hilfspaketes stehen. Dieses könnte in der Ausgabe von gemeinsamen europäischen Anleihen in Höhe von 500 Milliarden Euro, abgesichert durch den EU-Haushalt, bestehen, was Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron am 18. Mai 2020 vorgeschlagen haben. Wichtig ist, dass noch vor der Verkündung des deutsch-französischen Plans Signale auftraten, dass Deutschland kompromissbereit ist. Am 17. April verabschiedete das Europäische Parlament u. a. mit den Stimmen von Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD eine Resolution, in der die durch den EU-Haushalt abgesicherten Anleihen als eines unter anderen Instrumenten für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft genannt werden. Ein weiterer Aspekt, der Deutschland dazu gebracht haben könnte, die Ausgabe von europäischen Anleihen zu akzeptieren, war das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Politik der EZB hinsichtlich des Ankaufs von Anleihen für Mitglieder der Eurozone in Frage stellte. Der Vorschlag von Kanzlerin Merkel und Präsident Macron wird auch von der deutschen öffentlichen Meinung unterstützt: 50,8 Prozent der Befragten bewerten ihn positiv.

Die finanziellen Mittel, die in Form von Zuschüssen vergeben werden sollen, sollen die Gesundheitssysteme der Mitgliedsstaaten stärken. Gleichzeitig sollen die Mittel in Bereiche fließen, die für die Zukunft der Europäischen Union von Bedeutung sind. Dazu gehört auch die Klimapolitik. Im Rahmen der Implementierung des europäischen Grünen Deal wird Deutschland versuchen, Wasserstoff als alternative Energiequelle anstelle fossiler Brennstoffen zu bewerben. Diesem soll die Entwicklung einer europäischen Wasserstoff-Strategie und eines Fahrplans zur Entwicklung des Wasserstoffs in der Europäischen Union dienen. Gleichzeitig zeigt die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass das Ziel der EU-Klimaneutralität nicht auf Kosten der Wirt-

schaft und ihrer Abschwächung erreicht werden soll. Zwar stimmen die konservativen Abgeordneten zu, das Ziel der Emissionsreduzierung bis zum Jahr 2030 von gegenwärtig 40 Prozent auf 50 bis 55 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu erhöhen, aber sie machen dies abhängig von der erneuten Verhandlung darüber, wie die Verpflichtung zur Reduzierung in den Wirtschaftsbereichen verteilt wird, die der europäische Emissionshandel nicht umfasst. Die Haltung der CDU/CSU kann zu einem neuen Konflikt in der Großen Koalition führen, da sich die SPD dafür ausspricht, dass Deutschland die ehrgeizigeren Ziele der Klimapolitik annimmt.

Ein weiterer Bereich, der im Zentrum des Interesses der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht, ist die Digitalisierungspolitik der Europäischen Union, deren Entwicklung dazu dienen soll, die Abhängigkeit der EU von IT-Importen aus China und den USA zu verringern. Ursprünglich sollte die Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft die Beziehungen zu China sein; für September 2020 war ein EU-China-Gipfel in Leipzig geplant, dessen Krönung der Abschluss eines umfassenden Investitionsabkommens zwischen der EU und China sein sollte. Die Verwirklichung dieses Zieles ist allerdings nicht sicher: Mit Blick auf den Stand der Pandemie ist es möglich, dass der Gipfel als Videokonferenz stattfinden wird, und die Fokussierung des chinesischen Kapitals auf die heimische Wirtschaft stellt die Unterzeichnung des Dokumentes unter ein Fragezeichen. Des Weiteren ist es sehr wahrscheinlich, dass die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen (nach dem 31. Dezember 2020) zwischen der Europäischen Union und Großbritannien nicht verlängert werden, was dazu führen würde, dass auf der deutschen Regierung auch die Last liegen wird, gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Rates die Verhandlungen der »letzten Chance« durchzuführen, deren Gegenstand ein sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich akzeptabler Kompromiss wäre.

Die deutsche Vision von der Europäischen Union

Angesichts der bisher größten Wirtschaftskrise der Europäischen Union und dem bevorstehenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union kehrt die Frage nach der Rolle der Bundesrepublik in der europäischen Politik sowie der Vision Deutschlands von der Zukunft der Europäischen Union zurück. Bisher hatte die deutsche Regierung die Funktion des Anführers in Krisenzeiten; sowohl in der Finanzkrise 2008 als auch in den Anfängen des Ukraine-Konfliktes (2014) sowie der Flüchtlingskrise (2015) gab die deutsche Regierung den Ton bei den Aktivitäten der Europäischen Union an, was andere Mitgliedsstaaten nicht nur ein Mal kritisierten, indem sie Berlin vorwarfen, die Antworten der EU seinen eigenen Interessen entsprechend zu gestalten.

In Phasen relativer Stabilität blieb Deutschland allerdings eher passiv und positionierte sich als Brücke zwischen den östlichen und den westlichen EU-Mitgliedsstaaten. Als Emmanuel Macron begann, seinen Zukunftsentwurf der Europäischen Union zu präsentieren, der auf einer vertieften Integration der Euro-Staaten basiert, bremste Deutschland die französische Vision aus, die bei den nördlichen und einem Teil der ostmitteleuropäischen Staaten nicht besonders gut ankommt. Im Ergebnis erklärte Deutschland zwar seine Unterstützung für Macrons Vorschläge, unternahm aber nichts, was deren vollständige Verwirklichung garantieren könnte. Ein Beispiel ist der eigene Haushalt der Eurozone: Die Regierung der Bundesrepublik befürwortete seine Einrichtung, aber nur in Höhe von 17 Milliarden Euro. Die deutsche Zurückhaltung gegenüber den französischen Vorschlägen wird auch sichtbar in der Konstruktion der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die den deutschen Präferenzen entspricht. Frankreich forderte, das militärische Potential auszubauen und zunächst für Interventionen außerhalb der Europäischen Union einzusetzen, wogegen sich u. a. Polen richtete. Es gewann die Berliner Version die Oberhand, und zwar das Engagement möglichst vieler EU-Staaten, auch derer, die gegen die französischen Vorschläge waren, und eine lockerere Zusammenarbeit, die sich auf die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit konzentriert.

Die Diskussion über die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union ist auch mit seiner Vision von der EU in der globalen Politik verknüpft, insbesondere angesichts der Erosion der multilateralen internationalen Ordnung. Trotz einer Reihe strittiger Fragen fordert Deutschland, dass die EU den Dialog mit China, Russland und den Vereinigten Staaten aufrechterhalte. Über deren Bedeutung für die EU entscheidet nicht nur der wirtschaftliche Nutzen, sondern auch deren Rolle bei der Verwirklichung der europäischen Interessen in Bereichen wie der Klimapolitik oder der Stabilisierung der Situation im Nahen Osten und in Nordafrika. Deutschland lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass der wichtigste Partner und Garant für die Sicherheit der Europäischen Union die USA bleiben. Gleichzeitig fordert Deutschland, dass die EU schrittweise von äußeren Partnern unabhängiger werde. Zu den Bereichen, in denen die EU autarker werden sollte, gehören u. a. der Gesundheitssektor, Hochtechnologien und Energiequellen.

Auch wenn die von Deutschland vertretene globale Vision der EU und die Rolle Deutschlands als Mediator in der europäischen Politik dazu dienen, Konflikte auszugleichen und die Einheit der EU aufrechtzuerhalten, entsteht gleichzeitig ein unbefriedigender Eindruck und zwar, dass die eindeutige Bestimmung fehlt, in welche

Richtung die EU gehen soll. Die Präzisierung wird auch wegen der Bundestagswahlen im Jahr 2021 auf sich warten lassen. Angela Merkel wird nach 16 Jahren Kanzlerschaft nicht mehr antreten und es wird eine neue Regierung gebildet, was in erster Linie die Stabilisierung der innenpolitischen Lage Deutschlands erforderlich macht.

Das polnische Denken über die Zukunft Europas und die Rolle Deutschlands in der EU

In der Diskussion über die Zukunft Europas in den vergangenen Jahren hat Polen konsequent den Standpunkt der evolutionären Veränderungen eingenommen. Die programmatischen Dokumente, die Polen – meistens mit anderen Staaten der Region – vorgestellt hat, betonen, dass es wichtig ist, das Potential der bereits bestehenden Politiken auszunutzen. In diesem Zusammenhang wurde vor allem auf den Binnenmarkt verwiesen und auf die Notwendigkeit, die Aufhebung der Beschränkungen für den Wettbewerb (vor allem für den freien Personenverkehr und den freien Dienstleistungsverkehr) voranzutreiben. Polen unterstrich auch die Notwendigkeit, die Einheit der EU zu bewahren, und verhielt sich skeptisch gegenüber Initiativen, die die Differenzierung der Union verstärken (zum Beispiel die Schaffung eines gesonderten Eurozonenhaushaltes).

Die europäische Strategie Polens nach dem Regierungswechsel im Jahr 2015 stützt sich u. a. auf die Feststellung, dass die Entwicklung des Integrationsprozesses zu stark von den größten Staaten diktiert wird. Ein wichtiges Ziel ist hier, dass die kleinen und mittleren Staaten, insbesondere aus Ostmitteleuropa, im Entscheidungsprozess stärker wertgeschätzt werden. Die Perspektive des Brexit hat die Furcht vor der deutsch-französischen Dominanz vergrößert. In der Expertendebatte in Polen wurde darauf hingewiesen, dass die zwei bevölkerungsreichsten Staaten der Gemeinschaft, deren Einwohner nach dem Brexit 33,5 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung stellen, praktisch unbegrenzte Möglichkeiten haben, die europäische Gesetzgebung zu blockieren (nach dem Grundsatz der doppelten Mehrheit muss eine Entscheidung von 55 Prozent der Mitgliedsstaaten sowie Staaten, die 65 Prozent der EU-Bürger vertreten, getragen werden). In diesem Zusammenhang könnte die Bereitschaft Deutschlands und Frankreichs, anderen EU-Mitgliedern Zugeständnisse zu machen, sinken und die Europäische Kommission könnte noch stärker als bisher die französischen und deutschen Präferenzen bei der Erarbeitung von Rechtsakten berücksichtigen.

Die Überzeugung, dass es notwendig sei, die deutsch-französischen Einflüsse auszugleichen, schließt allerdings nicht aus, nach gemeinsamen Interessen zu suchen und nach Einfluss auf Entscheidungen der EU zu streben, indem mit Frankreich und Deutschland zusam-

mengearbeitet wird. Im Jahr 2019 unterstützte Polen den Aufruf Frankreichs und Deutschlands, die europäische Wettbewerbspolitik zu revidieren. Außerdem schloss sich Polen dem deutsch-französischen Projekt der Batterieherstellung an.

Die Furcht vor der Dominanz Frankreichs und Deutschlands schwächte sich ab, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden immer deutlicher wurden. Des Weiteren zeigte die Blockade der Fusion der Zugsparten von Alstom und Siemens (2019), dass die Europäische Kommission nicht die Absicht hat, die Rolle des dienstfertigen Erfüllers deutsch-französischer Initiativen zu spielen. Die Politik Deutschlands, die Macrons Projekt zur Beschleunigung der Integration der Eurozone abtönte, wurde in Warschau positiv als Garantie für die Einheit der Gemeinschaft betrachtet. Die Unterstützung der polnischen Regierung für Ursula von der Leyen als Kandidatin für das Amt der EU-Kommissionspräsidentin erfolgte u. a. aus der Überzeugung, dass sie sich um einen gemäßigten Kurs zwischen der Föderalisierung der EU und der Aufrechterhaltung des Status quo bemühen werde. Die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland schufen eine neue Konfiguration in der europäischen Politik, in der Polen aufgrund seiner Fähigkeit, eine breitere Koalition ostmitteleuropäischer Staaten zu mobilisieren, zusammen mit Deutschland ein Gegengewicht zur französischen Konzeption der Zukunft Europas schaffen könnte, die auf die Schaffung einer Avantgarde um die Eurozone herum ausgerichtet ist. Als Beweis für das Potential der Region als Partner für Deutschland wurden häufig die wirtschaftlichen Beziehungen angeführt. Etwas über elf Prozent des deutschen Exportes gehen in die Länder der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und nur acht Prozent nach Frankreich.

Wie reagieren auf die Corona-Krise?

Die polnische Regierung unterstreicht, dass die Europäische Union angesichts der beispiellosen Wirtschaftskrise infolge der Corona-Pandemie zusätzliche Finanzmittel aktivieren muss, um die Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Im Streit zwischen den Anhängern von Zuschüssen versus Krediten unterstützt Warschau den südeuropäischen Standpunkt, den es in Anbetracht des Prinzips der europäischen Solidarität für richtig hält. Übermäßige Sparsamkeit heute könnte eine Verlängerung der Rezession zur Folge haben und der Europäischen Union auf längere Sicht schaden. Der Minister für europäische Angelegenheiten in der polnischen Regierung, Konrad Szymański, wies darauf hin, dass die Staaten, die auf europäischer Ebene zur Sparsamkeit aufrufen, bedeutende Summen zur Stützung der eigenen Wirtschaft einsetzen. Diese Situation kann das Missverhältnis am gemeinsamen Markt vertiefen. In diesem Zusammen-

hang hat Polen die deutsch-französische Initiative eines europäischen Wiederaufbaufonds positiv aufgenommen. Von Bedeutung war auch die Tatsache, dass der Wiederaufbaufonds für alle Mitgliedsstaaten bestimmt und nicht auf die Eurozone beschränkt ist. Die letzten Äußerungen von Regierungsmitgliedern – u. a. der Beitrag von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im April 2020 (s. »Dokumentation«) – zeigen, dass Polen die Bereitstellung neuer, EU-eigener Mittel zulässt, die die Finanzierung des Wiederaufbaufonds erleichtern sollen, die Vorschläge in diesem Bereich jedoch differenziert bewertet. Polen ist offen für eine Digitalsteuer und eine »Carbon Border Tax«, aber kritisch, wenn zu diesem Zweck ein Teil der Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) eingesetzt werden. Morawiecki betonte außerdem die Bedeutung der Bekämpfung von Betrug und Steuerparadiesen.

Gleichzeitig unterstreicht Polen, dass die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds nicht Kürzungen in anderen Politikbereichen des mehrjährigen Finanzrahmens zur Folge haben darf, das heißt, dass die Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik ihre Bedeutung behalten müssen. Die finanzielle Unterstützung für die Kohäsionspolitik ermöglicht, viele wichtige Infrastrukturprojekte zu verwirklichen. Gleichzeitig ermöglicht sie, den Entwicklungsabstand zwischen dem Osten und dem Westen Europas zu verringern.

Ende 2019 war Polen der einzige Staat, der der Forderung widersprach, Europa müsse bis zum Jahr 2050 klimaneutral geworden sein. Die Vertreter der polnischen Regierung erklärten, dass ihre Haltung nicht aus der Ablehnung der Idee selbst resultiere, sondern aus der Abneigung, konkrete (und sehr kostspielige) Verpflichtungen einzugehen, während die europäische Unterstützung für die Realisierung dieses Zieles nicht präzise bestimmt worden sei. Ähnlich vorsichtig ist die polnische Haltung aktuell, wenn die Rede von der Umsetzung ambitionierter Klimaziele nach der Corona-Krise ist. Die Botschaft aus Polen ist der Aufruf, eine elastische Strategie zu wählen, die die spezifische Situation der Mitgliedsstaaten berücksichtigt, so dass es nicht zu der Situation kommt, dass ein Teil der Staaten im Zusammenhang mit der Energiewende deutlich höhere Kosten trägt.

Die Politik der offenen Türen für den Beitritt in die EU ist eines der Axiome der europäischen Strategie Warschaws. Das Jahr 2019 führte hier zu einer Enttäuschung, da es entgegen den Empfehlungen der Europäischen Kommission nicht gelang, ein einstimmiges Votum der EU-Mitgliedsstaaten für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nord-Mazedonien zu bekommen. Erst die von der Europäischen Kommission Anfang 2020 vorgestellte modifizierte Erweiterungspo-

litik erlaubte, die zögernden Staaten zu überzeugen, und die Gespräche können beginnen. Polen rechnet damit, dass die Pandemie keine übermäßigen Verzögerungen im Verhandlungsprozess verursacht.

Ein Test für die deutsche Führung

Gewöhnlich hat der Staat, der den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt, die Rolle des geschickten Verhandlungsmoderators, der den Staaten hilft, einen Kompromiss zu suchen, und dabei seinen eigenen Standpunkt nicht übermäßig forciert. Die besonderen Umstände und Herausforderungen sowie das Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential Deutschlands verursachen, dass die Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft größer sind. Deutschland soll nicht nur ein Vermittler sein, sondern auch ein Anführer, der für konkrete Konzepte zur Krisenbewältigung eintritt und bereit ist, bedeutende Kosten zur Rettung der Gemeinschaft zu übernehmen. In gewissem Maße wurden diese Erwartungen bereits erfüllt. Der deutsch-französische Vorschlag ist, obgleich die Einzelheiten noch offen sind, ein Konzept, dass die Grundlage eines Kompromisses werden kann. Es bleibt, die »sparsamen Vier« dazu zu bewegen, diese größere Solidarität zu akzeptieren.

Die Mehrheit der polnischen politischen Elite erwartet, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Haltung vertritt, die die europäische Strategie Deutschlands in den vergangenen Jahren geprägt hat, das heißt Offenheit gegenüber neuen Integrationsinitiativen, verbunden mit Vorsicht und Fürsorge für die Einheit der Gemeinschaft. Polen zählt darauf, dass die von Deutschland vertretenen Ziele im Bereich des EU-Haushaltes, der Klima- und der Digitalisierungspolitik und die Werkzeuge für deren Umsetzung ambitioniert, aber auch so realistisch sein werden, dass das Erreichen der Ziele nicht zu einer Spaltung der Gemeinschaft in Avantgarde und zurückgelassene Nörgler führen wird. Das Ziel sollte weiterhin

sein, die Gemeinschaft auf dem Kurs der ausgeglichenen Entwicklung zu halten, die nicht nur erlaubt, die Position im internationalen Wirtschaftswettbewerb zu stärken, sondern auch den Abstand zwischen den reicheren und den ärmeren Mitgliedern zu verringern.

Die kommenden Monate haben für die Zukunft der Europäischen Union Schlüsselbedeutung. Eine fehlende Einigung über den Wiederaufbaufonds und den gemeinsamen Haushalt wird wahrscheinlich nicht zur Folge haben, dass die EU auseinanderbricht, aber dass das Szenario der Entwicklung durch das Szenario des Vegetierens ersetzt wird. Manche Mitgliedsstaaten können enttäuscht vom Ausmaß der EU-Hilfen nach Partnern außerhalb suchen. Die gesellschaftliche Enttäuschung wiederum kann die Position der euroskeptischen Bewegungen stärken oder auch dazu führen, dass diese Gruppierungen die Macht übernehmen, was eine ernste Gefahr für das Bestehen der Eurozone und der gesamten EU haben kann. Für Deutschland ist die EU-Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit, seine Führungsposition in der EU zu stärken. Nach der Finanzkrise herrschte die Überzeugung, dass es Deutschland, das seine Sparpolitik betrieben hat, nicht gelungen sei, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen seinen eigenen Interessen und dem Gemeinwohl der Gemeinschaft zu halten. Auch das europäische Werk von Bundeskanzlerin Merkel steht auf dem Spiel. Ihr Handeln in der Flüchtlingskrise 2015 war zwar zutiefst human, es rief aber Kontroversen und den Vorwurf der Illoyalität gegenüber den Partnern hervor, insbesondere in den Staaten, die gegenüber Immigration skeptischer eingestellt sind. Auch dieses Mal werden die Aktivitäten der deutschen Regierung sicherlich unterschiedlich beurteilt, aber es besteht die Chance, ein besseres Ergebnis zu erreichen als im Falle der beiden vorangegangenen Krisen des 21. Jahrhunderts.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autoren

Lidia Gibadło ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Deutschland im Programm »Weimarer Dreieck« am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM), Warschau.

Dr. *Melchior Szczepanik* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programm »Europäische Union« am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM), Warschau.

Ein neues Gleichgewicht für Europa Was die EU in dieser Krise braucht

Von Mateusz Morawiecki, Ministerpräsident der Republik Polen (FAZ, 23.04.2020)

»Wir können nichts dafür und sind doch verantwortlich«, hat einst Hermann Hesse geschrieben. Heute messen wir uns mit der größten Krise der öffentlichen Gesundheit, der größten sozialen und wirtschaftlichen Krise der letzten Jahrzehnte. Und auch wenn niemand den Ausbruch der Pandemie voraussagen und verhindern konnte, so hängt es doch in großem Maße von uns ab, wie ihre Folgen sich langfristig auswirken.

Wirtschaftsfachleute verweisen darauf, dass China vor der größten wirtschaftlichen Verlangsamung seit mehreren Jahrzehnten steht, in den Vereinigten Staaten kann die Arbeitslosenquote sogar 20 Prozent erreichen. Die größten Volkswirtschaften der Welt wollen im Rahmen ihrer Fiskalpakete 4,8 Billion Dollar für den Kampf mit den Folgen von Covid-19 ausgeben. Die Beträge sind fast dreimal so hoch wie diejenigen, die während der Finanzkrise von 2007 bis 2009 bewegt worden sind.

Daher brauchen wir heute mehr als je zuvor ein Europa der Solidarität – mit einem ehrgeizigen Budget und einem neuen, wiederhergestellten Gleichgewicht. Das Funktionieren der EU muss von dem Ehrgeiz angetrieben werden, zum Schutz des integrierten europäischen Marktes solidarisch wirtschaftlich zusammenzuarbeiten.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, einen existentiellen Charakter haben. Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um die europäischen Träume, Pläne und Ambitionen zu retten. Das ist eine unglaublich schwierige Aufgabe, denn sie erfordert ein gleichzeitiges Handeln auf vielen Ebenen. Die Wirtschaft und das Gesundheitswesen brauchen jetzt dringend einen Rettungsplan. Bereits heute sollten wir die wichtigsten Grundsätze des neuen europäischen Gleichgewichts zeichnen.

Die Coronavirus-Pandemie hat uns die Zerbrechlichkeit unserer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung brutal verdeutlicht. Sie zeigte uns etwa, wie sehr Europa von den Lieferketten aus anderen Kontinenten abhängig ist. Auf der Suche nach Einsparungen und zur Senkung der Herstellungskosten haben viele europäische Unternehmen ihre Fertigungsprozesse in asiatische Billigregionen verlegt und dadurch die einheimischen Versorgungsquellen vernachlässigt.

Heute scheint uns die finanzielle Disziplin, die von der Europäischen Kommission verfolgt wurde, als tückisch. Sie hat die Mitgliedstaaten zu schwierigen Entscheidungen gezwungen, die oft zur Senkung öffentlicher Ausgaben für das Gesundheitswesen führten. Aber das ist kein Grund zu Selbstmitleid, sondern Anlass, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Der erste Grundsatz des neuen europäischen Gleichgewichts sollte die Wiederherstellung der Fähigkeit sein, den Folgen solcher kollektiver Krisen entgegenzuwirken. Europa braucht ein umfassendes Maßnahmenpaket zur wirtschaftlichen Wiederbelebung und Stimulierung der europäischen Ökonomie. Notwendig ist unsere gemeinsame Zustimmung zu einem ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen sowie die Vergrößerung der Eigenmittel, der Einnahmen der EU. Nur so können wir das Gleichgewicht wiederfinden, das durch innere Spaltungen und gegenseitigen Animositäten verlorengegangen ist.

Wir wissen zu schätzen, dass die EU ihren Mitgliedern die Voraussetzungen für die Krisenbekämpfung erleichtert hat – sie hat Instrumente zur Gewährleistung von Darlehen und flexiblere Nutzungsmodalitäten für Europäische Fonds geschaffen. Auch das Vergaberecht für öffentliche Beihilfen in Mitgliedstaaten wurde vereinfacht, und die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind zeitweise ausgesetzt worden. Die Mitgliedstaaten – der eine früher, der andere später – haben damit begonnen, Arbeitsplätze und Wirtschaft im Rahmen ihrer nationalen Haushalte zu retten. Aber damit Europa wieder zu Wachstum und Glanz zurückfindet, müssen wir gemeinsam mehr tun.

Wir müssen die Angst vor einem ehrgeizigen Budget ablegen. In der jetzigen Krise sind die für die Kohäsions- und Landwirtschaftspolitik bestimmten Mittel die effektivste Form der Hilfe durch die EU. Doch die Verschiebung von Mitteln im Rahmen bereits existierender Beträge ist nur ein Ersatz, eine kurzfristige Überlebenstaktik. Europa braucht eine Strategie für die Wiederherstellung seiner Position.

Die Union sollte ganz neue Finanzmittel (vielleicht im Rahmen des Fonds »Recovery«) für die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bereitstellen. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass sich die Strategie der Austerität – der Sparkurs während der Krise von 2007 bis 2013 – nicht bewährt hat.

Wir sind immer noch in der komfortablen Lage, neue Finanzierungsquellen zu benennen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT), der Digitalsteuer, einer Steuer auf den Import des CO₂-Fußabdrucks aus Drittländern oder einer Single Market Fee (Binnenmarktgebühr) würde eine wertvolle Quelle eigener Erträge für die EU darstellen.

Eine weitere ungelöste Aufgabe ist die Bekämpfung der Steuerhinterziehungen. Die EU-Länder verlieren jährlich mindestens 200 Milliarden Euro durch grenzüberschreitenden Missbrauch der Steuersysteme (Mehrwertsteuer, Kör-

perschaftsteuer, grauer Markt). Das ist mehr als der EU-Haushalt für dieses Jahr. Die Abschaffung von Steuerparadiesen ist europäische Staatsräson. Das sind enorme Reserven, die das finanzielle Potential Europas zeigen. Hier und jetzt müssen wir das Geld finden, um stark in Innovation, Infrastruktur und den Wiederaufbau vieler Glieder der Produktionskette in Europa zu investieren.

Die Vorsitzende der Europäischen Kommission hat kürzlich festgestellt: »Europa hat in den letzten vier Wochen mehr unternommen als in den ersten vier Jahren der letzten Krise«. Das ist wahr. Die Gemeinschaft bietet heute präzedenzlosen Herausforderungen die Stirn. Aber dies ist immer noch der erste Kilometer des Marathons, der uns bevorsteht. Die Art und Weise, wie wir mit den Folgen der Pandemie zurechtkommen, wird die EU neu definieren. »Die Zukunft beginnt heute, nicht morgen«, pflegte Papst Johannes Paul II. zu sagen. Die Zeit für uns, zu handeln, ist jetzt.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.04.2020. S. 8.

Mit freundlicher Genehmigung für den Abdruck:

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2020

»Wir sollten uns gerade jetzt vor einer Spaltung Europas hüten« Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki über den Zusammenhalt der EU in der Corona-Krise, die vertagte Präsidentenwahl und die Justizreform

Gerhard Gnauck (FAZ): Herr Ministerpräsident, kann die Corona-Krise zum Zerschlagen der Europäischen Union führen?

Mateusz Morawiecki: Die mit der Pandemie verbundenen Ereignisse und ihre wirtschaftlichen Folgen sind in ihrem Ausmaß viel größer als alle Krisen der vergangenen hundert Jahre. Denken Sie allein daran, dass die Vereinigten Staaten nach sieben Wochen 38,6 Millionen Arbeitslose haben. Im April habe ich in Ihrer Zeitung geschrieben, dass die Strategie der Austerität, das Engerschnallen des Gürtels während der Krisen von 2007 bis 2013, sich nicht bewährt hat. Daher muss jetzt die Antwort der EU sehr entschlossen sein und unserem Kontinent einen Hebel für seine Entwicklung geben. In einer Zeit dramatischer Veränderungen in der Weltwirtschaft muss das ein Hebel der Investitionen in Infrastruktur, Innovation und in die Menschen sein. Wir können in dieser neuen globalen Rivalität nicht schon am Anfang hinterherhinken.

Kann die Krise die wirtschaftlichen Trennlinien zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern – darunter die Staaten Ostmitteleuropas – verfestigen?

Nur im Mannschaftsspiel können wir ein gutes europäisches Ergebnis erzielen. Die Pandemie hat ganz Europa symmetrisch getroffen, und auch die Antwort sollte symmetrisch sein. Die Staaten Ostmitteleuropas hatten in den vergangenen Jahren eine vernünftige Politik geführt, und so konnten sie jetzt geld- und fiskalpolitisch gut reagieren. Polen, früher ein Land mit einem der schwächsten Steuersysteme, hat dieses mutig reformiert. In der jetzigen Krise hat eines unserer Rettungspakete, das Finanzschild, bereits 170.000 Firmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten erreicht. Aber die Folgen der Krise treffen uns alle gleich. Ich vertraue darauf, dass dieses verführerische »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, das beunruhigend oft in früheren Debatten auftauchte, in dieser völlig neuen Situation endgültig ad acta gelegt werden wird. Denn Voraussetzung für Erfolge im Kampf gegen die Krise ist Solidarität zwischen allen EU-Ländern.

Nach der Finanzkrise und der Migrationskrise ist der »kranke Mann Europas« auch diesmal im Süden zu finden. Dagegen scheinen die »Tigerstaaten« in Ostmitteleuropa gesund – und sie brauchen keine Unterstützung mehr, könnten manche sagen.

Wir sollten uns gerade jetzt vor einer Spaltung hüten. Einer Spaltung in Kranke und Gesunde zum Beispiel. Das wäre wertend, geradezu stigmatisierend. Aber es gibt kein besseres oder schlechteres Europa, nur ein Europa, das angesichts großer Probleme dringend Solidarität und Zusammenarbeit braucht. Wenn Polen und seine Nachbarn in der Visegrád-Gruppe sich in den vergangenen Jahren am dynamischsten entwickelt haben, so können wir heute mehr Kraft und Frische in die Gemeinschaft einbringen.

Jetzt liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie der Kampf gegen die Krise zu finanzieren wäre: ein deutsch-französischer, einer aus Wien und Den Haag. Welches Konzept erscheint aus polnischer Sicht als das beste?

Am besten wäre eine Option, die elastisch ist, im Sinne einer EU, die »in Vielfalt vereint« ist. Sie sollte den differenzierten Bedürfnissen der betroffenen Länder entsprechen. Ein Tourismusland braucht andere Mittel der Unterstützung als ein Land mit großer Automobilindustrie. Wieder andere Instrumente brauchen Länder, die wegen der Katastrophe der kommunistischen Zeit eine Politik der Kohärenz brauchen, Investitionen in Brücken, Straßen, die Bahn, die Energiewirtschaft. Wenn wir schnell einen Wiederaufbauplan beschließen, einen neuen europäischen Marshall-Plan, können wir die Katastrophe der Pandemie zu einem Erfolg umschmieden und die EU stärken.
[...]

*Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.05.2020. S. 2.
Mit freundlicher Genehmigung für den Abdruck in Auszügen:
© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2020*

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Veranstaltung »Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft« der Konrad-Adenauer-Stiftung am 27. Mai 2020

[...]

Noch vor wenigen Wochen schien unvorstellbar, dass nur wenig später freiheitliche Demokratien umfangreiche Maßnahmen wie Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen erlassen müssen, die auch hierzulande den härtesten Einschnitt in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Diese Entscheidungen gehörten zu den schwersten meiner ganzen Amtszeit als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Denn dieses Virus ist und bleibt eine demokratische Zumutung.

Die Coronavirus-Pandemie hat unsere Welt auf den Kopf gestellt – und so auch die Planungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die wir am 1. Juli turnusgemäß für ein halbes Jahr übernehmen werden. Die Krisenbewältigung ist in den Mittelpunkt gerückt. Zugleich aber wollen wir in diesem Rahmen auch die bisher geplanten Schwerpunkte und Zukunftsthemen weiterverfolgen, also insbesondere dazu, wie unsere Wirtschaft klimaneutral wiedererstarren kann, wie wir die Digitalisierung voranbringen und die Rolle Europas als Stabilitätsanker in der Welt stärken. Die Coronavirus-Pandemie zeigt, wie grundlegende, tiefgreifende Verschiebungen uns in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum zu Entscheidungen mit sehr langfristigen Folgen herausfordern.

[...]

So wird auf der einen Seite von uns allen erwartet, dass wir zwischen Verwandten und Freunden, Bekannten und Kollegen, also mit allen Menschen, mit denen wir nicht unter einem Dach leben, Kontakt- und Mindestabstandsvorgaben einhalten und damit Fürsorge durch Distanz ermöglichen. Auf der anderen Seite kommt es in dieser Krise ganz entscheidend darauf an, dass die europäische Familie noch näher zusammenrückt. Denn das Virus kennt keine Grenzen; und so darf auch unsere Antwort als Europäische Union nicht an nationalstaatlichen Grenzen haltmachen. Wir müssen einander helfen, wo immer dies möglich ist. Denn wir wissen, dass es auch Deutschland auf Dauer nur dann gut geht, wenn es auch Europa gut geht. Umgekehrt ist es auch für Europa gut, wenn Deutschland wirtschaftlich und politisch stark ist.

Trotz aller Unsicherheiten, mit denen wir uns konfrontiert sehen, ist eines für mich bereits jetzt klar: Europa kann aus der Krise stärker hervorgehen, als es in sie hineingegangen ist. Damit wir diesem Anspruch gerecht werden können, gibt es für mich ein Leitmotiv, und zwar: europäischer Zusammenhalt und europäische Solidarität – gerade auch in dieser Pandemie. Es ist dieses Leitmotiv der gemeinschaftlichen und zukunftsgerichteten Krisenbewältigung, das die deutsche EU-Ratspräsidentschaft prägen wird.

Zu Beginn der Pandemie musste Solidarität ganz schnell und praktisch gelebt werden, als es zum Beispiel darum ging, medizinische Ausrüstung für besonders betroffene europäische Partner zu liefern, schwerkranke Patienten aus diesen Ländern aufzunehmen und zusammen mit vielen deutschen Staatsbürgern auch Staatsbürger anderer europäischer Staaten in einer beispiellosen Rückholaktion aus dem Ausland nach Hause zu holen.

Für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung, die auch Konvergenz und Zusammenhalt sichert, ist aber natürlich weit mehr erforderlich. Wir brauchen eine außergewöhnliche Kraftanstrengung als Antwort auf diese außergewöhnliche Herausforderung. Diesem Ziel dienen auch die Vorschläge, die der französische Präsident Emmanuel Macron und ich vor einigen Tagen vorgestellt haben. Heute hat die EU-Kommission ihren Vorschlag hinzugefügt. Ich freue

mich schon auf die weiteren Beratungen im Kreis der EU-Staats- und Regierungschefs, in denen Deutschland und Frankreich gemeinsam und zielorientiert agieren werden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir aber noch mehr. Ich wünsche mir, dass die Europäische Union gerade in Krisenzeiten auch global Solidarität zeigt und vermehrt Verantwortung übernimmt. Die Pandemie wird vielerorts zu einer Verschärfung bestehender Konflikte und Probleme führen und ist damit auch eine Belastungsprobe für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Umso mehr müssen wir die Werte, für die wir innerhalb der Europäischen Union stehen – Solidarität, Demokratie, Freiheit und Schutz der Würde jedes Menschen – auch in der Welt vertreten. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Welt, die möglicherweise noch stärker von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sein werden als wir.

Während unserer Ratspräsidentschaft wird der Blick also einerseits nach innen gerichtet sein, wobei uns knappe Kassen und der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaften vor schwierige Abwägungen stellen. Andererseits sollten wir jedoch stets beachten, wie wichtig gerade auch in der jetzigen Situation unser weltweites Engagement ist.

Europa hat sich in den letzten Jahren den Ruf eines verlässlichen Partners erworben – sei es als vertrauenswürdiger Gesprächspartner in internationalen Foren oder zum Beispiel im Iran-Dossier, bei zivilen Missionen in der Ukraine oder bei Trainingsmissionen in Mali. Darauf müssen wir aufbauen. Gerade in einer destabilisierten Welt ist es in unserem europäischen Interesse, als Stabilitätsanker dienen zu können. Die Europäische Union als Projekt zwischen einzelnen Staaten ist inhärent ein Unterstützer eines regelbasierten multilateralen Miteinanders. Dies gilt in der Krise mehr denn je.

Dass wir als Europäische Union eine globale Kraftanstrengung anführen können, zeigte jüngst eine von der Europäischen Kommission initiierte Geberkonferenz. Acht Milliarden US-Dollar wurden für die Entwicklung, die Herstellung und die Verteilung von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika eingeworben. Deutschland und Frankreich haben sich hieran in herausragender Weise beteiligt.

Ich sehe unsere deutsche Ratspräsidentschaft als Chance, Europa als solidarische, handlungsfähige und gestaltende Kraft weiterzuentwickeln, die Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt übernimmt.

Vor diesem Hintergrund wird zum Beispiel auch das europäische Verhältnis zu China ein außenpolitischer Schwerpunkt unserer EU-Ratspräsidentschaft sein. Die Europäische Union hat ein großes strategisches Interesse daran, die Zusammenarbeit mit China, einem der wesentlichen Akteure dieses Jahrhunderts, aktiv zu gestalten. In meinen Gesprächen erlebe ich immer wieder, dass Chinesen verwundert sind, wenn sie davon hören, dass viel vom Aufstieg ihres Landes gesprochen wird. Denn in ihrer Selbstwahrnehmung kehrt diese 5.000 Jahre alte Zivilisation lediglich zu jenem zentralen Platz auf der Weltbühne zurück, den es Jahrhunderte innehatte. Bei der zukünftigen Gestaltung unserer Beziehungen wird es deshalb nicht allein um den Ausbau von Handelsvolumina oder protokollarische Beziehungspflege gehen, sondern darum, dass wir Europäer erkennen müssen, mit welcher Entschlossenheit China einen führenden Platz in den existierenden Strukturen der internationalen Architektur beansprucht. Wir sollten das aber nicht nur erkennen, sondern diese Herausforderung selbstbewusst annehmen.

Während unserer Ratspräsidentschaft steht deshalb eine Reihe von Themen für unser Verhältnis zu China auf der Tagesordnung. Wir wollen den Abschluss des Investitionsabkommens erreichen, das schon viele Jahre verhandelt wird. Das ist, zugegeben, ein sehr ambitioniertes Vorhaben. Wir wollen Fortschritte bei den Themen Klima- und Umweltschutz erreichen. Wir wollen die globale Gesundheit voranbringen und uns etwa dazu austauschen, wie wir bei Transparenzmaßstäben in globalen Pandemien besser werden können. Darüber hinaus wollen wir uns zu unserem jeweiligen Verhältnis zu Afrika austauschen und erarbeiten, wie wir unser Engagement besser koordinieren und dabei die richtigen Standards setzen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

All diese Themen der EU-China-Beziehungen sind für sich genommen schon anspruchsvoll genug. Zusätzlich werden sie das natürlich dadurch, dass China nicht irgendein Partner und Wettbewerber ist, sondern ein Land, mit dem es tiefgreifende Unterschiede in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie und der Menschenrechte gibt; denken wir allein an die Lage in Hongkong mit Blick auf das Prinzip »Ein Land, zwei Systeme«. Diese Tatsache, dass uns sehr Grundsätzliches trennt, sollte jedoch kein Argument gegen Austausch, Dialog und Zusammenarbeit sein – ganz besonders nicht in einer Zeit, in der wir eine an Schärfe zunehmende Auseinandersetzung zwischen den USA und China erleben. Vielmehr sind offener, kritisch-konstruktiver Dialog wichtiger denn je, um unsere europäischen Werte und Interessen zu behaupten.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt unserer Außenpolitik in diesem Jahr ist Afrika. Für Oktober ist ein Gipfel der EU mit der Afrikanischen Union geplant. Er dient dem Ziel einer vertieften partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Dabei wird natürlich auch – aber nicht nur – das gemeinsame Vorgehen gegen das Coronavirus eine Rolle spielen müssen. Bereits jetzt ist aber absehbar, dass viele Länder Afrikas massiv unter den sozioökonomischen Folgen der Pandemie leiden werden. Wir müssen also gemeinsam eine Antwort auf die Frage finden, wie diese

Folgen abgemildert werden können. Gleichzeitig können wir aber auch viel von afrikanischen Ländern lernen, die eigene Erfahrungen im Umgang mit Pandemien besitzen. Auch die Themen Klima, Migration, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und natürlich Frieden und Sicherheit – um nur einige Beispiele zu nennen – werden Eingang in unsere Gespräche mit Afrika finden.

Dies alles sind Bereiche, in denen Deutschland und Europa in den letzten Jahren ihr politisches Engagement deutlich verstärkt haben.

[...]

Meine Damen und Herren, die skizzierten Herausforderungen kann Europa nicht allein auf der Weltbühne bestehen. Europa braucht Partner und Verbündete, um mit gemeinsamen Kräften den zentralen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und an ihnen zu wachsen.

Der wichtigste Partner Europas sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass die Zusammenarbeit mit Amerika derzeit schwieriger ist, als wir uns dies wünschen würden. Dies gilt für die Klimaebene so wie für die Handelspolitik und aktuell auch für die Frage der Bedeutung internationaler Organisationen bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt, dass die transatlantischen Beziehungen, die Zusammenarbeit und das Bündnis mit den USA und in der NATO ein zentraler, tragender Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind und bleiben. Diesen Pfeiler nicht nur zu erhalten, sondern ihn zu stärken, ist in unserem ureigenen nationalen und europäischen Interesse. Denn für die globale Ordnung, für Frieden und Stabilität, für die Bewältigung der großen Fragen unserer Zeit sind wir aufeinander angewiesen. Nur so können wir unseren Anliegen in der Welt mit Nachdruck Geltung verschaffen.

Wir sollten nie vergessen, dass Europa nicht neutral ist. Europa ist Teil des politischen Westens. Wenn Europa sich und seine Werte in der Welt behaupten will – und das wollen wir; das müssen wir –, gelingt uns das nur, wenn wir sowohl stärker als früher unser Schicksal in die eigene Hand nehmen als auch als verlässlicher Partner der westlichen Werte- und Interessengemeinschaft agieren. Beides gehört für mich zusammen. Beides sind die zwei Seiten einer Medaille.

Das prägt natürlich auch unser Verhältnis zu Russland. Es gibt zahlreiche wichtige Gründe, gute Beziehungen mit Russland anzustreben. Dazu zählen die geografische Nähe und gemeinsame Geschichte, globale Herausforderungen und wechselseitige Wirtschaftsbeziehungen. Das größte Land der Erde hat seinerseits natürlich auch zahlreiche gute Gründe für konstruktive Beziehungen zur Europäischen Union und zu Deutschland.

Daher setze ich mich seit Beginn meiner Kanzlerschaft für einen kritisch-konstruktiven Dialog und ein friedliches Miteinander ein. Grundlage dafür kann nur das Verständnis davon sein, dass in den internationalen Beziehungen nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gelten. Zu diesem Selbstverständnis unserer auswärtigen Beziehungen gehört beispielsweise ein Bekenntnis zur Schlussakte von Helsinki und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Diesen Kanon an Werten und Regeln hat Russland wiederholt verletzt. Russland hat in seiner unmittelbaren Nachbarschaft einen Gürtel ungelöster Konflikte geschaffen und die ukrainische Halbinsel Krim völkerrechtswidrig annektiert. Es unterstützt Marionettenregime in Teilen der Ostukraine und greift westliche Demokratien mit hybriden Mitteln an, darunter auch Deutschland.

Zweifelsfrei wird auch Russland uns während der EU-Ratspräsidentschaft weiterhin beschäftigen. Wo fundamentale Regeln des Völkerrechts missachtet werden, werden wir dies benennen. Falls Fortschritte im Minsk-Prozess ausbleiben, müssen wir die bestehenden Sanktionen aufrechterhalten.

Andererseits gibt uns die Ratspräsidentschaft die Gelegenheit, neue Impulse in den Beziehungen zu setzen. Denken wir allein an die Themenfelder Libyen, Syrien, Klimaschutz, globale Gesundheit. So verschaffen wir sowohl mit unseren Prinzipien als auch mit unserem Engagement unseren Werten Ausdruck.

Meine Damen und Herren, ein Virus mit einem Durchmesser von 140 Nanometern hat eine globale Wirkungsmacht entfaltet. Die Folgen der Pandemie werden auch unsere gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf unbestimmte Zeit maßgeblich prägen. Wir wollen während unserer Ratspräsidentschaft dazu beitragen, dass Europa nach innen gestärkt wird, damit wir auch nach außen in der Welt als solidarischer Stabilitätsanker auftreten können. Gemeinsam wollen wir Europa zu neuer Stärke führen.

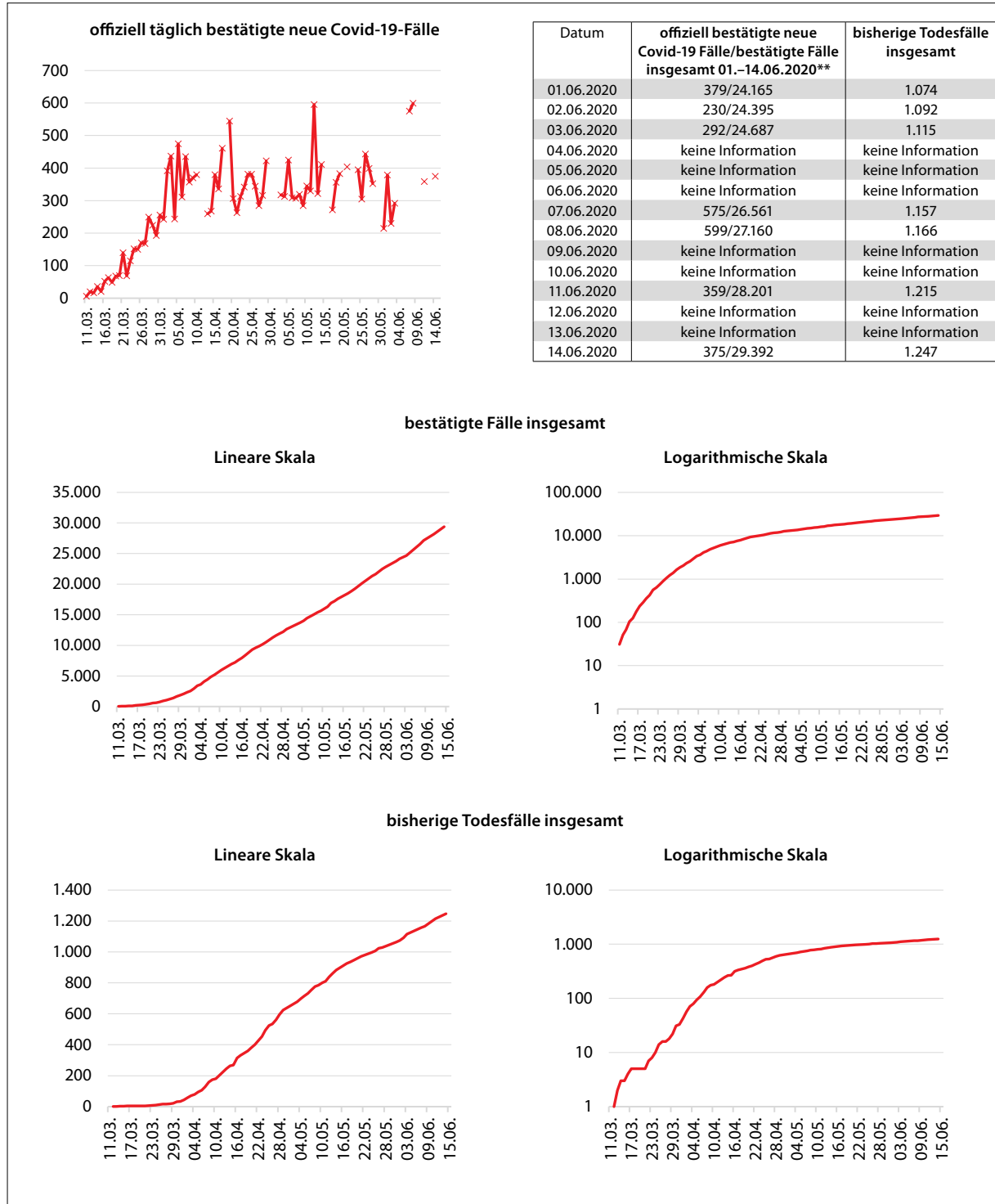
[...]

Quelle: Die Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-im-rahmen-der-veranstaltung-aussen-und-sicherheitspolitik-in-der-deutschen-eu-ratspraesidentschaft-der-konrad-adenauer-stiftung-am-27-mai-2020-1755884> (abgerufen am 10.06.2020).

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 14. Juni 2020)



* Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle ** Für die Zahlen vom 11.03.–17.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 16 und vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 14.
 Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]: Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]; Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

Grafik 2: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

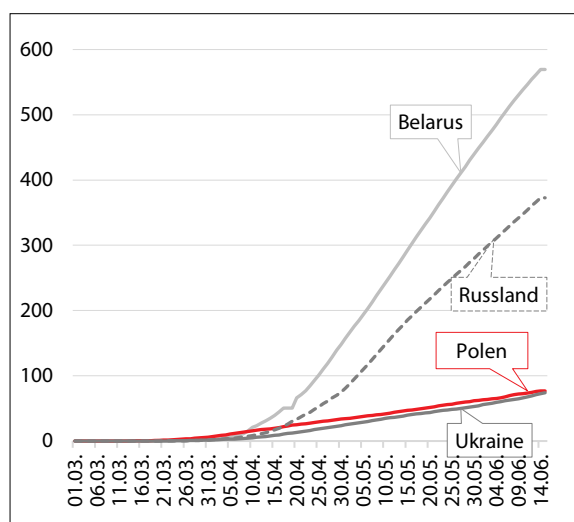


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (2. – 15. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
02.06.	44.255	24.395	423.186	24.895
03.06.	45.116	24.687	431.715	25.385
04.06.	45.981	25.048	440.538	25.981
05.06.	46.868	25.410	449.256	26.542
06.06.	47.751	25.986	458.102	27.101
07.06.	48.630	26.561	467.073	27.599
08.06.	49.453	27.160	476.043	28.077
09.06.	50.265	27.560	484.630	28.479
10.06.	51.066	27.842	493.023	29.015
11.06.	51.816	28.201	501.800	29.706
12.06.	52.520	28.577	510.761	30.415
13.06.	53.241	29.017	519.458	31.177
14.06.	53.973	29.392	528.267	31.851
15.06.	53.973	29.392	528.267	32.507

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17 und für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.06.2020, 09:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

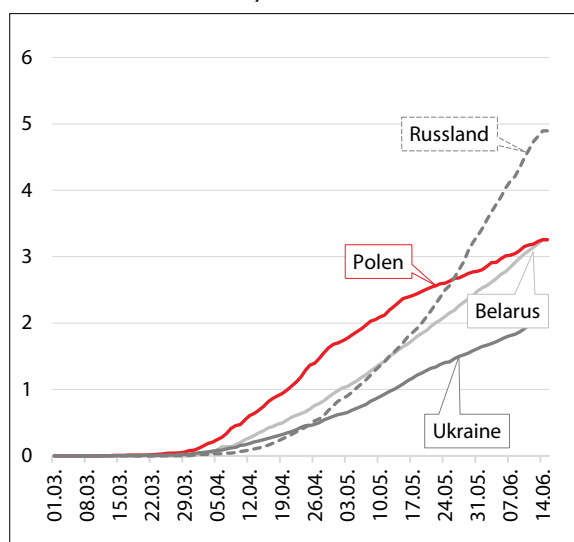


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (2. – 15. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
02.06.	243	1.092	5.031	733
03.06.	248	1.115	5.208	742
04.06.	253	1.117	5.376	755
05.06.	259	1.137	5.520	770
06.06.	263	1.153	5.717	785
07.06.	269	1.157	5.851	796
08.06.	276	1.166	5.963	805
09.06.	282	1.183	6.134	818
10.06.	288	1.206	6.350	841
11.06.	293	1.215	6.522	864
12.06.	298	1.222	6.705	880
13.06.	303	1.237	6.819	890
14.06.	308	1.247	6.938	899
15.06.	308	1.247	6.938	911

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17 und für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15.

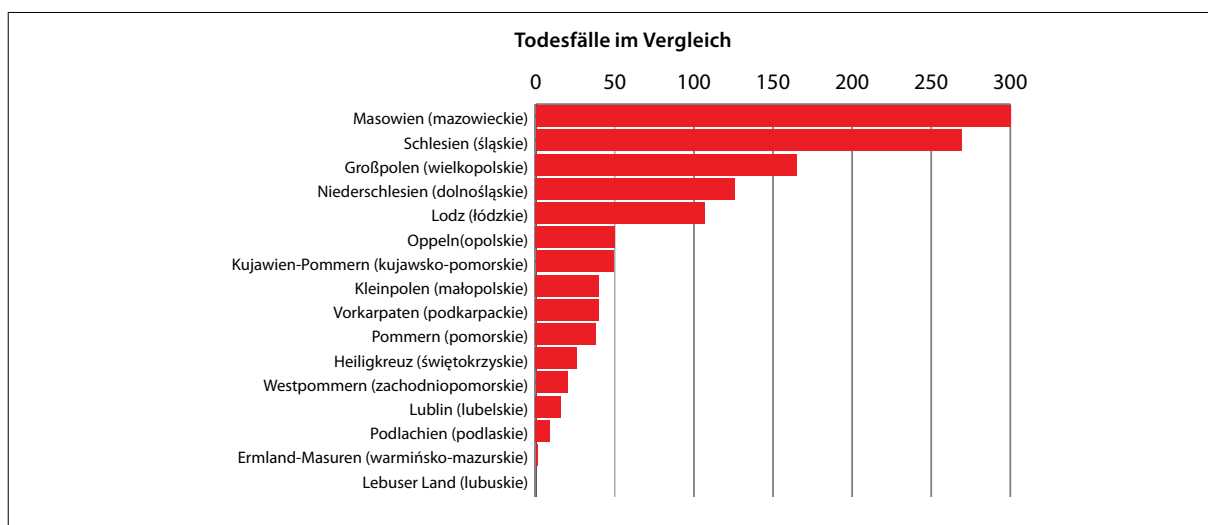
Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.06.2020, 09:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 4: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (15. Juni 2020, 10.30 Uhr)



Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Schlesien (śląskie)	11.030	269
Masowien (mazowieckie)	4.414	300
Niederschlesien (dolnośląskie)	2.767	126
Großpolen (wielkopolskie)	2.400	165
Lodz (łódzkie)	2.479	107
Kleinpolen (małopolskie)	1.517	40
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	626	49
Oppeln(opolskie)	803	50

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Pommern (pomorskie)	588	38
Westpommern (zachodniopomorskie)	583	20
Lublin (lubelskie)	544	16
Podlachien (podlaskie)	621	9
Vorkarpaten (podkarpackie)	472	40
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	625	26
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	186	1
Lebuser Land (lubuskie)	133	0



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24 <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-wykres-prawie-30-tys-zachorowan-ponad-1200-osob-nie-zyje-15-czerwca-2020-4344739> (abgerufen am 15.06.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 2. – 15. Juni 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
02.06.2020	24.395/1.092	Auf einer Pressekonferenz mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Innenminister Mariusz Kamiński dankt Gesundheitsminister Łukasz Szumowski den Polen für ihre Disziplin bei der Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen in den vergangenen Wochen und ihren Einsatz bei der Bekämpfung der Epidemie. Anders als in einigen westlichen Ländern hätten die Ärzte in Polen nicht entscheiden müssen, wer am Leben bleiben dürfe. Polen habe 28 Todesfälle pro eine Million Einwohner, während die Todeszahlen in Westeuropa bei 500 oder 600 Personen lägen.
03.06.2020	24.687/1.115	Die Präsidialkanzlei gibt bekannt, dass Präsident Andrzej Duda dem Sejm einen Gesetzesentwurf über einen Solidaritätszuschuss vorgelegt hat. Arbeitnehmer, die nach dem 31. März infolge der Corona-Epidemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen max. drei Monate lang 1.400 Zloty monatlich erhalten. Die Auszahlung des Zuschusses ist auf den Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. August 2020 beschränkt.
04.06.2020	25.048/1.117	Der Sejm verabschiedet mit 430 Stimmen (15 Gegenstimmen, neun Enthaltungen) das Gesetz über den Solidaritätszuschuss. Arbeitnehmer, die infolge der Corona-Krise nach dem 31. März ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen im Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. August 2020 max. drei Monate lang 1.400 Zloty monatlich erhalten. Die Summe ist nicht steuerpflichtig, sie wird nicht mit weiteren staatlichen Zahlungen verrechnet und sie kann nicht gepfändet werden.
04.06.2020		Der Sejm verabschiedet das Gesetz über den »Krisenschutzschild 4.0« (228 Ja-Stimmen, 189 Nein-Stimmen, 38 Enthaltungen). Es umfasst Unterstützungsmaßnahmen als Reaktion auf die Corona-Krise. Es sieht u. a. Kreditbeihilfen für Unternehmen und Kreditzahlungspausen für Arbeitnehmer vor. Die Zahlung der Betreuungsbeihilfe für Eltern wird bis zum 28. Juni verlängert. Außerdem werden Unternehmen für zwei Jahre vor feindlicher Übernahme durch außereuropäische Investoren geschützt. Das Gesetz wird dem Senat zur Beratung vorgelegt.
04.06.2020		Das Außenministerium teilt mit, dass am selben Tag ein Konvoi von 40 LKW mit einer Ladung von 300 Tonnen mit Artikeln zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wie Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Medikamente, Corona-Tests und Beatmungsgeräte aus Polen nach Belarus startet. Die Spender sind das Gesundheitsministerium, die Agentur für Materialreserven, die Agentur für Entwicklung der Industrie und der Pharmakonzern TZF Polfa.
05.06.2020	25.410/1.137	Außenminister Jacek Czaputowicz sagt in Bratislava (Slowakei), die Corona-Epidemie sei in Polen zunehmend unter Kontrolle, inklusive in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie), wo mehrere Infektionsherde aufgetreten sind. Wenn die Corona-Epidemie in Polen weiter rückläufig ist, würden die Außengrenzen zu den EU-Staaten wieder geöffnet. Angestrebt würden eine einheitliche Grenzöffnung zu allen EU-Nachbarn und keine Sonderregelungen mit bestimmten Staaten. Aktuell müssen Einreisende nach Polen eine zweiwöchige Quarantänefrist einhalten; Ausnahmen sind Berufspendler.
06.06.2020	25.986/1.153	Im Zentrum Warschaus nehmen einige Hundert Menschen am sogenannten Streik der Unternehmer teil. Die Demonstration verläuft nach Angaben der Polizei friedlich. Der Organisator, der Präsidentschaftskandidat Paweł Tanajno, sagt, zunächst sei es bei den »Streiks der Unternehmer« um wirtschaftliche Forderungen nach Unterstützung für Firmen aufgrund des epidemiebedingten »Lockdowns« gegangen, jetzt gehe es vor allem um bürgerliche Freiheiten, die eingeschränkt wurden. Die erste Demonstration dieser Art fand Anfang Mai statt.
07.06.2020	26.561/1.157	Jacek Sasin, Minister für Staatliche Aktiva, und Gesundheitsminister Łukasz Szumowski geben bekannt, dass am Folgetag in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) zehn Bergwerke des Kohlekonzerns PGG und zwei Zechen des Kohlekonzerns JSW für ca. drei Wochen geschlossen werden, um Infektionsherde des Corona-Virus auszuschalten. Nur das Personal, das zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft notwendig ist, darf vor Ort sein. Die Belegschaft erhält weiter die volle Lohnzahlung.
08.06.2020	27.160/1.166	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
09.06.2020	27.560/1.183	Der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, teilt mit, dass bis Ende der Woche 17.500 Bergleute in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) auf das Corona-Virus getestet werden sollen, da die Mehrheit der Infektionsfälle mit 10.000 bestätigten Infektionen, darunter 5.200 Bergleute, bisher in den Bergbauregionen festgestellt worden sei. Bisher seien 60.000 Bergleute getestet worden.
10.06.2020	27.842/1.206	
11.06.2020	28.201/1.215	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt am Treffen der Regierungschefs der Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Brunn (Brno, Tschechien) teil. Thematisiert wird u. a. der Wiederaufbaufonds für die EU als Antwort auf die Folgen der Corona-Pandemie. Polen spreche sich für die Erteilung wesentlicher finanzieller Unterstützung aus, jedoch müsse bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt werden, wie wohlhabend der betreffende Staat tatsächlich sei.
12.06.2020	28.577/1.222	Die Europäische Kommission genehmigt ein Hilfsprogramm der polnischen Regierung, das 7,5 Mrd. Zloty Unterstützung v. a. für Großunternehmen als Reaktion auf die Corona-Krise vorsieht.
13.06.2020	29.017/1.237	Polen hebt seine aufgrund der Corona-Pandemie verhängte Schließung der Grenzen zu den EU-Nachbarstaaten und die zweiwöchige obligatorische Quarantäne für Einreisende wieder auf. An den Grenzen zu EU-Staaten finden nun, wie bereits vor der vollständigen Schließung, wieder stichprobenartige Kontrollen statt. Die Grenzen zu den anderen Staaten bleiben vorerst geschlossen.
14.06.2020	29.392/1.247	
15.06.2020	29.392/1.247	Tschechien hebt seine infolge der Corona-Pandemie verhängte Schließung der Grenze zu Polen auf. Eine Quarantänepflicht gibt es für die Allgemeinheit nicht. Für Einwohner der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie), wo es mehrere Infektionsherde gibt, gilt die Ausnahme, dass sie nur in begründeten Fällen einreisen dürfen und einen negativen Corona-Test vorlegen oder sich in eine 14-tägige Quarantäne begeben müssen.

*Daten der Johns-Hopkins-University Stand: 15.06.2020. 09:33 Uhr MESZ

CHRONIK

2. – 15. Juni 2020

02.06.2020	Präsident Andrzej Duda fordert die Bevölkerung auf, nach Möglichkeit Regenauffangbecken zu bauen. Dazu sei ein beim Nationalen Umweltschutzfonds (Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska) angesiedeltes Bezuschussungsprogramm aufgelegt worden, dass 85 % der Baukosten und max. 5.000 Zloty übernehme. In Polen würden zurzeit nur 6,5 % der Niederschläge aufgefangen, das sei ein Drittel der Durchschnittsmenge in der EU. Es sei das Ziel, in zehn Jahren 15 % des Regenwassers aufzufangen.
03.06.2020	Im Gesetzesblatt wird der Beschluss von Sejmarschallin Elżbieta Witek veröffentlicht, dass der erste Wahlgang der verschobenen Präsidentenwahlen am 28. Juni 2020 stattfinden soll. Der Wahlkampf endet am 26. Juni.
04.06.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt sich dem Sejm in einer Vertrauensabstimmung. Morawiecki sagt im Sejm, er habe sich für diesen Schritt in Absprache mit Präsident Andrzej Duda entschlossen, um die Streitlust der Opposition zu beenden, die sich in mehreren Anträgen auf Misstrauensvoten gegenüber Ministern ausdrücke. 235 Abgeordnete sprechen ihm das Vertrauen bei 219 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen aus.

04.06.2020	In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni spricht der Sejm Gesundheitsminister Łukasz Szumowski mit 237 Ja-Stimmen (213 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen) das Vertrauen aus. Der Antrag auf ein Misstrauensvotum ging von allen Oppositionsparteien aus. Die Opposition wirft Szumowski Konflikte zwischen seiner Funktion als Gesundheitsminister und wirtschaftlichen Interessen vor.
08.06.2020	Der Sprecher der Europäischen Kommission, Christian Wigand, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Europäische Kommission nicht zu beurteilen in der Lage ist, ob Polen die vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) angeordneten einstweiligen Verfügungen im Falle der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) in Polen umgesetzt hat. Die Kommission habe die Antwort Polens erhalten, es seien jedoch offene Fragen geblieben. Der EU-Justizkommissar, Didier Reynders, habe Polen daher schriftlich um Erläuterungen bis zum 24. Juni 2020 gebeten.
09.06.2020	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, wendet sich in einem Brief an die PiS-Mitglieder. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen am 28. Juni 2020 stellt er die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der regierenden PiS dar. Der von der PiS vorangetrieben »gute Wandel« werde von der Opposition gefährdet. Sollte der Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) die Präsidentschaftswahlen gewinnen, drohe Polen eine schwere politische, gesellschaftliche und moralische Krise.
10.06.2020	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reicht im Sejm den Entwurf einer Novelle des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) ein. Er sieht vor, dass sogenannte kommunistische Straftaten nicht verjähren. Nach dem aktuell geltenden IPN-Gesetz verjähren die vom ehemaligen kommunistischen Regime begangenen Verbrechen am 1. August 2020 und erlischt die Pflicht der Staatsanwälte des IPN, sie zu verfolgen. Ausgenommen sind von der Verjährung aktuell Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden. Ende Mai hat die Präsidialkanzlei bekannt gegeben, an einem solchen Gesetzesentwurf zu arbeiten.
12.06.2020	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem litauischen Amtskollegen Saulius Skvernelis äußert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki Verständnis, dass Litauen über den Bau eines belarussischen Atomkraftwerkes in der Nähe der Grenze zu Litauen wegen mangelnder Sicherheitsstandards besorgt ist. Polen werde Litauen in dieser Angelegenheit auf europäischer Ebene unterstützen. Gleichzeitig sprächen sich beide Länder für eine enge und gute Zusammenarbeit mit Belarus sowohl im wirtschaftlichen als auch politischen Bereich aus, so Morawiecki.
15.06.2020	In einer Stellungnahme wendet sich der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar gegen Vorurteile gegenüber LGBT-Personen. Hintergrund sind Äußerungen im Rahmen des aktuell stattfindenden Präsidentschaftswahlkampfes u. a. von Präsident Andrzej Duda und Politikern von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die Freiheit der Rede dürfe nicht zur Verletzung der Menschenwürde führen. Das polnische Recht verbiete die sexuelle Diskriminierung, LGBT-Personen dürfen nicht entmenschlicht und politisch instrumentalisiert werden, schreibt Bodnar.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)**

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

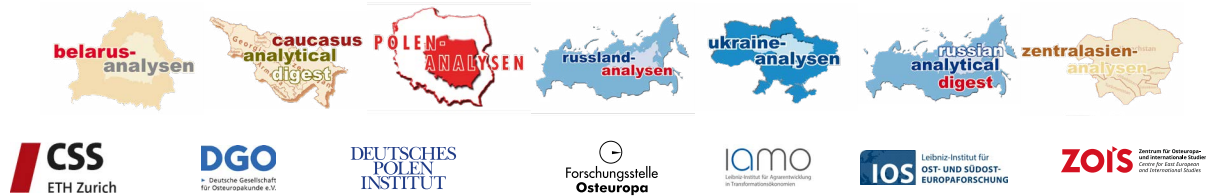
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.